

| | | |
|--|-------------|--|
| Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - | | Datum 08.07.2021 |
| Dezernat V | Amt V/02 | Öffentlichkeitsstatus öffentlich |

INFORMATION

I0159/21

| Beratung | Tag | Behandlung |
|----------------------------------|------------|------------------|
| Der Oberbürgermeister | 27.07.2021 | nicht öffentlich |
| Gesundheits- und Sozialausschuss | 08.09.2021 | öffentlich |
| Stadtrat | 09.09.2021 | öffentlich |

Thema: Infrastrukturplanung für die Erbringung von Leistungen für ältere Menschen in Magdeburg

Das „Seniorenpolitische Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg – Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2022“ hat deutlich gemacht, dass Seniorenarbeit gezielt in dem Lebensumfeld der Menschen ansetzen muss. (Siebter Altenbericht der Bundesregierung)
Die Orientierung auf die Versorgungsgebiete ergibt sich aus der Forderung des Siebenten Altenberichts der Bundesregierung, der das Lebensumfeld der Senioren in den Focus rückt.

Mit dem Stadtratsbeschluss 2222-062(VI)18 zur Drucksache DS0403/18 „Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg – Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2022“ wurden deshalb tiefergehende Analysen in den Versorgungsgebieten und eine zielgruppengenaue Erfassung der Bedürfnisse der Senioren*innen mittels einer Befragung beschlossen, aus denen konkrete Entwicklungserfordernisse in den Versorgungsgebieten abzuleiten und differenzierte, auf die örtliche Situation bezogene Auftragslagen für die sozialen Infrastruktureinrichtungen herauszuarbeiten sind.

Die Befragung wurde im Dezember 2019 als repräsentative schriftliche Befragung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik, Wahlen und Digitalisierung durchgeführt. 4.251 Personen (25,2 % der Angeschriebenen) beantworteten den Fragebogen. Die Ergebnisse der Befragung sind in der Anlage 1 dargestellt.

Diese Erkenntnisse werden nunmehr im weiteren Planungsprozess mit den sozialstrukturellen Bedingungen in den Versorgungsgebieten und den infrastrukturellen Gegebenheiten abgeglichen.

Unter Einbeziehung der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege, von Leistungsanbietern, freien Trägern, Kommunalpolitik, Seniorenbeirat und Bürger*innenvertretungen (z. B. AG GWA, Stadtteilvereine etc.) werden in 2021/2022 Handlungserfordernisse für die einzelnen Versorgungsgebiete und Maßnahmen zur Entwicklung der Angebote, Dienste und Einrichtungen sowie der Arbeitsstrukturen abgeleitet.

Der geplante Projektablauf ist in der Anlage 2 dargestellt.

Borris